

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : erstes Halbjahr 1973
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltrundschau

Erstes Halbjahr 1973

Die Umwelt-Zerstörung macht Fortschritte

Im letzten halben Jahr hat sich — allen in sich punktuell erfreulichen Fortschritten (SALT, KSEZ) zum Trotz — die Diskrepanz zwischen dem für die Weltgesellschaft Notwendigen und dem Machbaren oder tatsächlich Gemachten insgesamt nur noch verschlimmert. Entsprechend sind auch die Spannungen und Konflikte verschärft, so daß es immer fraglicher wird, ob der schon angelaufene Prozeß der Selbst-Zerstörung überhaupt noch aufzuhalten ist, jedenfalls wenn man den bisherigen historischen Prozeß in die Zukunft extrapoliert oder gleichsam hochrechnet.

Fast aus allen Erdteilen häufen sich alarmierende Meldungen, die eine Verschärfung der ökologischen Gesamtkrise erkennen lassen: Waren bisher schon große Ströme wie der Rhein samt vollindustrialisierten Nebenflüssen wie der Main seit einigen Jahren biologisch weitgehend tot, so gilt das jetzt auch schon für kleinere Nebenflüsse einerseits, während sich Bodensee, Ostsee und Mittelmeer andererseits bedenklich rasch dem gleichen Punkt des Umkippens zu nähern scheinen. Zwei milde Winter und relativ trockene Sommer in Zentraleuropa haben genügt, um die Auswirkung des seit einem Jahrhundert permanent absinkenden Grundwasserspiegels bis zu lokalen und regionalen Wassernotständen voranzutreiben, nur kleiner Vorgeschmack dessen, was auch dem klimatisch begünstigten Europa bevorsteht, wenn es nur einen Bruchteil von der katastrophalen Dürre abbekommt, die jetzt schon seit fünf Jahren die Savannengebiete Westafrikas vom Atlantik bis zum Tschad heimsuchte. Allen schönen Reden zum Trotz macht die Umweltzerstörung durch unnötige Bauten, zum Beispiel an Ostsee und in den Alpen für Zweitwohnungen, Ferien-Beton-Silos usw., durch ungeklärte Industrie- und Hausabwässer rasante «Fortschritte». Die Dialektik der Naturbewältigung durch die Technik beginnt uns schier unentrinnbar einzuholen. Weder die Beinah-Katastrophe von Skylab noch die Voll-Katastrophe der sowjetischen Super-Düsenmaschine bei Paris scheint ernsthafte Konsequenzen zu zeitigen — Abbremsung des sich überschlagenden technischen und industriellen Fortschritts. Die wachsende Autoflut läßt sich vielleicht nur noch durch eine Benzinverknappung eindämmen, wie sie, ob echt oder manipuliert, in den USA ausgebrochen ist. Ähnlich scheint die weiterlaufende Überindustrialisierung nur noch ihre Grenze an der sich auftuenden Energie- und Wasserlücke zu finden.

Ungenügender Widerstand

In einigen überindustrialisierten Ländern gelang es Bürgerinitiativen zwar, den Bau von selbstmörderischen Atomkraftwerken und anderen Industrieanlagen aufzuhalten, aber dafür machen sich neue Werke, wie Dow Chemical in Stade bei Hamburg, Nordenham bei Bremen, umso unangenehmer bemerkbar. Teile von Frankfurt sind bei schwülem und drückendem Wetter ohne gesundheitsschädliche Belästigungen im Freien kaum noch zu bewohnen. Rings um Japan ist das Meer durch die Industrie derart verseucht, daß der Fischkonsum drastisch reduziert wurde, nachdem festgestellt wurde, daß schon Tausende von Japanern an Bleivergiftungen gestorben sind und möglicherweise Hunderttausende bereits unheilbar vergiftet sind. Die beiden Supermächte sind sich zwar mit dem Breschnew-Besuch in den USA nähergekommen und haben feierlich jeden Atomkrieg abgeschworen, aber China und Frankreich forcierten ihre Atomrüstung durch radioaktivierende Atomversuche. Während in Ostafrika die letzten großen Wildreservate durch Wilderer und vordringende Agrarwirtschaft bedroht sind, betreiben in Westeuropa geschäftstüchtige Manager mit ihren «Wildparks» (z. B. in England, Bundesrepublik) weiter die Zerstörung der eigenen Landschaft durch das Aussetzen von exotischen Wildtieren. Nirgends zeigt sich die Schizophrenie, die Verrücktheit im buchstäblichen Sinne, unserer Entwicklung so deutlich wie an diesem unpolitischen Beispiel.

Der Massenwahn der von Däniken-Geschichten

Die wachsende Unfähigkeit, die aus unserer Weltsituation notwendig entstehenden Spannungen rational zu bewältigen, zeigt sich nicht nur in den sich vermehrenden und verschärfenden Konflikten — weltweit und in zahlreichen Staaten — sondern auch im neuen Massenwahn der Däniken-Geschichten, der sich jetzt bis nach Moskau und Peking ausgebreitet hat. Als neuer kollektiver Mythos läßt er sich vielleicht, soweit ein Laie hier mitreden darf, nur noch psychoanalytisch und gegen den Hintergrund der universalen Existenzkrise der Menschheit als Folge der sich überschlagenden Über-Industrialisierung verstehen: Erschreckt von den tödlichen Rückwirkungen der Industrialisierung, glauben viele Zeitgenossen offenbar gern, daß die Anfänge der höheren Zivilisation, die in der Gegenwart ihren Gipfel des technischen «Fortschritts» erreicht hat, von technisch höherentwickelten Wesen aus einem anderen Sternen- oder Milchstraßensystem mit Beginn der agrarisch-aristokratisch-monarchistischen Hochkulturen gelegt worden seien. Die Brücke zur Gegenwart oder in die unbewältigte Zukunft ergibt sich als Projizierung geheimer Sehnsüchte für das Überleben nach einer wie auch immer gearteten allgemeinen Katastrophe: Wenn Lebewesen einst von jenseits

der Erde die höhere Entwicklung stifteten, so könnten inzwischen technisch fortgeschrittene Menschen auch eine unbewohnbar gewordene Erde wieder verlassen und woanders im Weltenraum eine neue Erde und einen neuen Menschen begründen. Eine solche Vorstellung schafft Trost, und unbewußt klammern sich vielleicht die meisten Däniken-Anhänger an die Hoffnung, sie selber oder ihre Kinder gehörten zu den Auserwählten, die den Flug zu neuen Sternen und Erden antreten könnten. Sowohl Däniken als auch Werner von Braun haben solche aberwitzige und blasphemische Ideen geäußert. Liegt hier die innere Verbindung zwischen Weiterentwicklung der Raumfahrttechnik, obwohl wir auf Erden gerade Probleme genug haben, und der kollektiven Wahn-Psychose des Däniken-Schwindels?

George Orwells «1984» eine Utopie?

Mit der an sich begrüßenswerten Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und zahlreichen westlichen Ländern, aber bei gleichzeitigem Fortgang des Krieges in Indochina in der einen oder anderen Form zeichnet sich immer mehr eine Struktur der Welt-politik ab, die George Orwell bereits vor einem Vierteljahrhundert in seiner warnenden Utopie «1984» vorausgesagt hatte: Drei Super-Mächte, die in wechselnden Konstellationen im machtpolitischen Niemandsland an der Peripherie ihres Machtgebietes permanent regionale Kriege führen — Ozeania (Nordamerika und Westeuropa), Eurasia (UdSSR und Osteuropa und industrialisierten kleineren asiatischen Ländern), Ost-asia (China). Die innenpolitische Krise in den USA, die mit dem Water-gate-Skandal aufgebrochen ist, offenbart auch in der bisher noch am freiheitlichsten geltenden Super-Macht Praktiken, die mit bestürzender Präzision auf «1984» weisen. Umgekehrt regen sich, zum Beispiel in der Bundesrepublik an den Universitäten, pseudo-revolutionäre und pseudo-sozialistische Kräfte, die mit ihrer Intoleranz und Brutalität hinter ihren sozialistisch-kommunistischen Parolen eine Gesinnung praktizieren, die sie mit ihrer Mischung von quasi-faschistischen und pseudo-sozialisti-schen Elementen in die gleiche Nähe der «Partei» und «Big Brother» von «1984» rückt.

Politische Lähmung der USA

Die Krisenmomente, aus denen sich in den USA Strukturen à la «1984» bilden könnten, sind im vergangenen halben Jahr massiver denn je durchgebrochen. Was der permanente Skandal um den Vietnamkrieg direkt nicht vermocht, ist mit dem Watergate-Skandal, der allerdings indirekt über Kambodscha, Ellsberg und der panischen Angst Nixons, wegen des Indochinakrieges nicht wiedergewählt zu werden, mit Viet-

nam zusammenhängt, endlich eingetreten: Die innere und offene Paralysierung der USA, aufgehängt an ihren eigenen Praktiken und Methoden. Die Gangstermethoden der USA nach Außen wurden jetzt auch im Innern angewandt — von einem schon fast pathologisch dissensscheuen Präsidenten. Einbruch, Bspitzelung, Korruption, Unterdrückung der Wahrheit, Lügen und Verfälschungen im Dienst der Ausübung von Macht haben so sehr die amerikanische Vergangenheit und Gegenwart gekennzeichnet, daß man sich höchstens wundern kann, daß es so lange dauerte, bis dieser Sachverhalt ins allgemeine Bewußtsein eingedrungen ist. Ein «Impeachment» des Präsidenten, wegen Vietnam nur von wenigen flüchtig erwogen, wird nun ernsthaft in den USA diskutiert. Aber selbst erbittertste Nixon-Gegner wagen es nicht, das «Impeachment» einzuleiten, weil der Nachfolger, Vizepräsident Agnew, politisch noch vorsintflutlicher ist als Nixon und ein «Impeachment» die USA in den schwersten inneren Konflikt seit dem (letzten) Bürgerkrieg vor über hundert Jahren stürzen würden. Die alternativlose Unbeweglichkeit der USA nimmt greifbare Formen an- aus der jedoch der Bürgerkrieg erst recht hervorgehen muß. Die politische Paralyse der USA nach Innen und Außen seit dem Bekanntwerden des Watergate-Skandals ist unübersehbar und oft kommentiert, der moralische Schaden für Nixon, die USA und die «westliche Welt» schwer und irreparabel.

UdSSR fraternisiert mit USA

Wie hat sich die Weltsituation verändert, daß die UdSSR in Gestalt ihres KP-Chefs Breschnew als moralischer Seelentröster für Nixon auftrat und sogar die absurde Behauptung verbreitete, der Watergate-Skandal sei nur eine Erfindung böswilliger Entspannungsfeinde, um den Breschnew-Besuch zu torpedieren, Sancta Simplicitas! Hat die große Sowjetunion es nötig, sich so anzubiedern? Aber Breschnew insistierte auch in Bonn auf ökonomische Fragen, als ob er nicht mehr als der oberste Handlungsreisende eines kleinbürgerlichen Konsum-Kommunismus sei. Gewiß kann man verstehen, wenn er die Schwäche des bisherigen weltpolitischen und ideologischen Rivalen (Watergate, Dollar-krise, Inflation usw.) nicht rücksichtslos zu revolutionären Taten ausnützt. Aber die Aufdringlichkeit, mit der er sich im gegenwärtigen Moment mit der Vormacht des Kapitalismus fast schon fraternisiert, war schon einigermaßen peinlich. Umso grotesker muß es nur noch wirken, daß unsere Reaktionäre im abklingenden Kalten Krieg immer neue Rechtfertigung zur Aufrechterhaltung ihres Antikommunismus suchen, wobei sie wahllos gegen eine sozialkonservativ gewordene Sowjetunion polemisieren und sich ihrerseits mit einem bis vor kurzem noch sozialrevolutionären China verbünden, dessen Parteigänger im

eigenen Lande ihrerseits immer irrationaler reagieren, wiederum zur weiteren Rechtfertigung von Konservativen und Reaktionären. Rechts, Links — alles ist vertauscht.

Japan: Angst vor Über-Industrialisierung

In anderer Weise schlägt die Angst vor den Folgen der Über-Industrialisierung seit kurzem in Japan durch, das sich innerhalb von einem Jahrhundert mit halsbrecherischem Tempo ganz bewußt bis an die Spitze der Industriemächte emporgeschwungen hat und jetzt dort in den eigenen Problemen buchstäblich zu ersticken droht. Die Rücksichtslosigkeit der forcierten Industrialisierung hat nicht nur zu der schon eingangs erwähnten schleichenden Bleivergiftung über Fische — Hauptnahrungsmittel der Japaner — die in von der japanischen Industrie hemmungslos verseuchten See aufwachsen — geführt, sondern auch zu einer Massen-Hysterie, Japan könnte durch ein gewaltiges Erdbeben ganz vernichtet werden — eine regionale Variante des Däniken-Wahns, aber ohne rettende Aussicht durch unkonventionelle Methoden. Innenpolitisch scheint in Japan unter dem neuen Premierminister Tanaka erstmals ein Zerfall der «Liberaldemokratischen» Konservativen einzusetzen, wie regionale Wahlergebnisse nahelegen, die zugunsten einer Koalition von Kommunisten und Sozialisten ausgingen. Sollten sie in absehbarer Zeit an die Macht kommen, so hätten sie vielleicht im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen die bisher dominierenden, am Profit orientierten partikularen Interessen doch noch einen Ausweg aus der sich steigernden permanenten Krise der Über-Industrialisierung zeigen können.

Fortdauer des Vietnamkrieges in anderer Form

Mit dem formalen Waffenstillstand in Vietnam, dem auch sicher einer bald im übrigen Indochina folgen wird, sind die Konflikte in Südostasien nur in ein neues Stadium getreten. Der Widerwille der Regierung Thieu gegen ein Arrangement mit der Befreiungsfront und Hanoi ist so offensichtlich, daß es schwer fällt zu glauben, die permanenten Verletzungen des Waffenstillstandes rührten einseitig oder unprovokiert nur von der Befreiungsfront her. Die Brutalität in der Behandlung der Gefangenen in Südvietnam, die flugs als gewöhnliche Verbrecher umstiliert werden, beweisen hinlänglich, daß Saigon versucht, das ungeliebte Abkommen ebenso zu unterlaufen so wie einst das Genfer Abkommen von 1954. In veränderten Formen, vermutlich weniger spektakulär, wird sich also der innere Konflikt in Indochina weiterfressen, als Konsequenz aus der französischen Kolonialherrschaft und dem mit Dien-

Bien-Phu mißglückten Versuch der kolonialen Rückeroberung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im benachbarten Thailand, das formal stets unabhängig geblieben war, bereitet sich unterdessen ein zweites Vietnam vor. Die Kombination von quasi-feudaler Herrschafts- und Ausbeutungsstruktur mit amerikanischer Präsenz in Form von Bombern und anderen Streitkräften, liefert bereits die elementare Voraussetzung zu einem künftigen Guerillakrieg, der offenbar von der Weltpresse weitgehend unbemerkt, im Nordosten Thailands schon angelaufen ist. Der einzige Trost für das thailändische Volk liegt vielleicht in dem Umstand, daß sich die USA nach ihrem demoralisierenden und dekouvrierenden Debakel in Vietnam nicht trauen wird, jetzt auch wieder in Thailand nach vietnamesischem oder anderem Muster einzugreifen. So dürfte die sich abzeichnende revolutionäre Auseinandersetzung in Thailand kürzer und weniger blutig ausfallen als im benachbarten Indochina.

Indische Regierung ist den Problemen nicht gewachsen

Die grundsätzlich gleiche Problematik steht auch hinter der krisenhaften Zuspitzung in Indien. Die Stunde der Enttäuschung nach Indira Gandhis glänzendem Wahlsieg vor einem Jahr, von der an dieser Stelle die Rede war («Neue Wege», Juli/August 1972, S. 249), ist schon gekommen, schneller als gedacht. Zwei Jahre Trockenheit haben ausgereicht, um fünf reiche Erntejahre der sog. «grünen Revolution» wieder zunichte zu machen. Indien ist keineswegs auf dem Wege zur Selbstversorgung, der Hunger ist keineswegs besiegt. In zahlreichen Gebieten brachen schwere Hungerunruhen aus, ausgelöst durch Dürre und Teuerung. Indien muß wieder massiv Getreide einführen, und das bei einem fast leergefegten Weltmarkt, seitdem die USA aus inneren Gründen ihre traditionellen Exporte von Agrarprodukten weitgehend gedrosselt haben. Bei einer gegenwärtigen Bevölkerungszunahme von 14 Millionen im Jahr ist schwer zu sehen, wie Indien ohne baldige tiefgreifende, das heißt revolutionäre Veränderungen seiner Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur überhaupt noch überleben kann. Nachdem die Euphorie über den Sieg gegen Pakistan und den Wahlsieg der Congress Party ebenso verflogen sein wird wie der persönliche Zauber von Indira Gandhi, werden die Klassenkonflikte in Indien demnächst noch härter und blutiger werden als je zuvor.

Unruheherd Naher Osten

Der jüngste Putschversuch im Irak, der so blutig geahndet wurde, ist für den Außenstehenden in Motiven und politischen Konsequenzen ohne weitere Informationen nicht zu durchschauen. Sicher ist er aber

irgendwie in die gesamtarabische Krise einzuordnen, die sich durch die Existenz Israels im Nahen Osten weiter kompliziert und verschärft hat. Die sich abzeichnende Kompromißbereitschaft König Husseins in Jordanien und die weiterandauernde Intransigenz Syriens und Libyens, Sadats Ägypten unsicher schwankend zwischen beiden Positionen, kennzeichnen die fortschreitende Aufspaltung der arabischen Welt. Im Innern des bisher friedlichen Libanon spiegelt sich die gleiche Zerrissenheit wider, diesmal im Wechsel zwischen Vergeltungsschlägen der Israeli gegen palästinensische Guerillaorganisationen auf libanesischem Gebiet und bürgerkriegsähnlichen Konflikten vom Ausmaß des «Schwarzen September» in Amman 1970.

Die Israelis scheinen sich in ihrer überwältigenden Mehrheit nunmehr auf das Bleiben in den seit 1967 okkupierten und fast-annektierten arabischen Gebieten festgelegt zu haben, wie die starke Unterstützung nahelegt, die Dayan in Meinungsumfragen, vielleicht auch in den für Oktober 1973 bevorstehenden Parlamentswahlen erhält. Ein politischer Sieg Dayans würde die ohnehin schon festgefahrene Situation nur noch weiter hoffnungslos machen. Der vierte arabisch-israelische Krieg schien im Frühjahr beinahe täglich kurz vor dem Ausbruch zu stehen. Vor den Parlamentswahlen in Israel ist jetzt der neue Krieg kaum zu erwarten.

Ägypten: Assuan-Damm wohl eine Fehlinvestition

Im bevölkerungsreichsten der arabischen Länder, in Ägypten, wird die gesamte Problematik durch eine Entwicklung weiter kompliziert und verschärft, die im Kleinen mit der Indiens zu vergleichen ist — stürmische Bevölkerungszunahme bei zu geringem ökonomischem Wachstum. Zudem erweist sich der Bau des Assuan-Damms, auf den Ägypten alle seine Hoffnung gesetzt hatte, je länger je mehr als ökologische Fehlinvestition und Katastrophe, weil durch das Ausbleiben der alljährlichen Fluten und fruchtbaren Schlammmassen nunmehr das Nildelta zu vertrocknen und zu versteppen droht, und dort lag nun einmal bisher die elementare Existenzgrundlage Ägyptens — seit den pharaonischen Anfängen vor nunmehr über sechs Jahrtausenden. Wie sich die Union Ägyptens, diesmal zur Abwechslung mit dem kleineren, unter Ghadafi jedoch zugleich dynamischeren und (durch die Rückkehr zu koranischen Traditionen) zugleich reaktionärerem Libyen auswirken wird, muß sich erst noch erweisen. Jedenfalls haben (nach dem Scheitern der Union mit Syrien vor über einem Jahrzehnt) schon die ersten Monate der neuen ägyptisch-libyschen Union gezeigt, daß sich die Probleme der arabischen Gesellschaft nicht einfach durch den voluntaristischen Akt von Teil-Unionen lösen lassen.

Revolutionsfieber in Marokko

In Marokko dagegen scheint sich die innenpolitische Krise weitgehend unabhängig vom Nahostkonflikt zu entfalten, obwohl König Hassan II. offenbar aus taktischen Gründen seit einiger Zeit aus der relativ sicheren Entfernung des westlichsten Maghreb sogar Truppen für den Kampf gegen Israel anbot. Die innermarokkanischen Faktoren reichen völlig aus, um das Entstehen einer zumindest prä-revolutionären Situation zu erklären. Sie ist jedoch so kompliziert, daß sich wiederum der Außenstehende ohne Spezialkenntnisse vor einem Urteil zurückhalten muß. Jedenfalls scheint der erneute Putschversuch jüngerer Offiziere in der Berichtszeit gegen den König und der Massenprozeß gegen die sozialdemokratisch bis radikal-demokratisch eingestellte Oppositionspartei UNFP die Entwicklung zur Revolution weiter voranzutreiben.

Hunger im Savannengebiet südlich der Sahara

Südlich der Sahara bahnt sich, von der Öffentlichkeit bis vor kurzem unbemerkt, im Savannengebiet des westlichen Sudan von Senegal bis zum Tschad mit der stellenweise nun schon fünf Jahre andauernden Dürre eine schreckliche Katastrophe an. Am härtesten sind die Nomadenvölker in der Sahara und am Rande der Sahara betroffen, die nun mit ihren verendenden Viehherden nach Süden zu neuen Weidegründen drängen. Dort begünstigen sie mit der unvermeidlichen Überstrapazierung der ohnehin karg gewordenen Weidegründe nur noch die weitere Ausbreitung der Sahara, ein *circulus vitiosus*, der auch am Anfang der Austrocknung der Sahara vor einigen Jahrtausenden stand. Zugleich treffen die Nomaden auf die negroide sesshafte Bauernbevölkerung der Savanne, die für die ehemaligen Herrenvölker und Sklavenjäger aus der Wüste keine Solidarität oder gar Mitleid fühlen, sondern tödliches Ressentiment in Erinnerung an die bis in die Neuzeit zurückreichenden Demütigungen und Ausbeutungen. So verschärft die Trockenheits-Katastrophe nur noch die politischen Spannungen, die sich aus der Geschichte zwangsläufig ergeben. Der jahrtausendealte Konflikt zwischen einst versklavten schwarzen Bauern der Savanne und sklavenjagenden Berbern und Tuaregs der Sahara behindert so die Effektivität der internationalen Hilfsmaßnahmen. Und eine elementare Verbesserung der Lage können auch die reichsten Industrieländer nicht bringen — Wasser in ausreichender Menge. Im Gegenteil.

Historische Konflikte kommen zum Austrag

Ein historischer Konflikt liegt auch der zweiten Runde in den jüngsten Massakern der herrschenden (ursprünglich als erobernde Viehzüchter im 16. Jahrhundert eingedrungenen) Watussi gegen die Bantu-Bauern

der Wahuti in Burundi zugrunde. War es im südlich gelegenen Königreich Rwanda der überwältigenden Mehrheit der Wahuti gelungen, im Zeichen der Demokratie und der Dekolonisierung die Herrschaft der Watussi zu brechen, so war der Versuch in Burundi gescheitert und 1972 mit einem schrecklichen Blutbad unter den Wahuti geahndet worden («Neue Wege», Juli/August 1972, S. 250). Anfang 1973 erhoben sich die Wahuti wiederum in einem Verzweiflungsaufstand und wurden (und werden) seitdem in einer blutigen Ausrottungskampagne unbarmherzig abgeschlachtet.

Südliches Afrika

Geht es in Burundi um innerafrikanische Konflikte als Folge von innerafrikanischen Eroberungen und Überlagerungen vor der europäischen Kolonialherrschaft, so geht der Befreiungskampf in Rhodesien und in den portugiesischen Kolonien gegen die weiße Fremdherrschaft weiter. Rhodesien hat bereits die Phase des Guerillakrieges erreicht, während die Guerillabewegung offenbar noch in einem unreifen Stadium steckt, wie der törichte Entführungsversuch von fast dreihundert Schülern einer katholischen Missionsanstalt beweist. In Mozambique könnte das Bekanntwerden eines portugiesischen Massakers in einem Dorf Ende 1972 vielleicht auch in der westlichen Öffentlichkeit Konsequenzen gegenüber Portugal auslösen.

Europäische Gemeinschaft wächst — in welcher Richtung?

Europa ist durch zwei wichtige Ereignisse beeinflusst worden — die Erweiterung der bisherigen EWG der sechs Staaten zur EG der neun Staaten, seit dem Zutritt von England, Irland und Dänemark am 1. Januar 1973, ferner durch die erste Vollsitzung der Konferenz für Sicherheit, Entspannung und Zusammenarbeit in Helsinki Anfang Juli 1973. Das Auftreten eines mächtigen Wirtschaftsblocks in Westeuropa zur gleichen Zeit, da die USA ökonomisch zurücksinken, könnte von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung werden. Es bleibt nun abzuwarten, wie die weitere Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft aussieht, ob sie, wie bisher, überwiegend nur einen europäisierten Super-Kapitalismus repräsentiert, oder ob sie den Umschlag zu einem sozialistischen, aber freiheitlichen Westeuropa ermöglicht, in enger Kooperation mit dem kommunistischen Osteuropa. Den Weg dazu hat die Ostpolitik der Bundesrepublik endgültig freigemacht. Es käme nun darauf an, daß weder die Westeuropäer in die Versuchung geraten, ihr (vorübergehend) größeres ökonomisches Gewicht zur wirtschaftlichen Durchdringung des Ostens zu mißbrauchen, noch daß der Osten (voraussehbar) innenpolitische Schwierigkeiten in Westeuropa

zur politischen Unterminierung mißbraucht. Das wäre der Sinn der gegenseitigen Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweiligen Gegenseite. Eine wichtige Konsequenz wäre für beide Seiten die Reduzierung der Rüstungslasten, die blockübergreifenden Projekten ökonomischer und umweltfreundlicher Art zugute kommen könnte. Nur so wäre es auch möglich, die sich allenthalben meldenden Krisensymptome in Westeuropa erfolgreich, nämlich von der Wurzel her zu bekämpfen.

Italien: Kranker Mann Europas

Italien, dessen innere Krise hier immer wieder angesprochen wurde, taumelt weiter in der Polarisierung zwischen extremen Linken und dem Neofaschismus. Die letzte Regierungskrise wurde zur Abwechslung durch die Rückkehr zur Mitte-Links-Koalition mit den Sozialisten beendet, die im letzten Jahrzehnt jedoch keines der Grundübel Italiens hatte auch nur ansatzweise lösen können. Italien ist im Rahmen der EG schon längst zum «kranken Mann Europas» avanciert. Ähnlich wie in Japan hat seine Umwelt die Phase der Hyper-Industrialisierung seit dem Zweiten Weltkrieg nicht verkraften können, sodaß es nach eigenen Worten italienischer Presseorgane längst zum Schuttablageplatz Europas herabgesunken ist. Das Baden an seinen verschmutzten Küsten muß ein Graus sein, die Kommerzialisierung zerstört die Städte und Landschaften Italiens.

Gaullisme — wohin?

Frankreich leidet weiterhin unter der Diskrepanz zwischen seinem nuklearen Ehrgeiz und seiner begrenzten territorialen wie ökonomischen Basis. Die Forcierung seines Atomtests im Pazifik provozierte in weiten Teilen der Welt eine Protest- und Boykottbewegung gegen Frankreich. Zur gleichen Zeit ist das auf nukleare «Grandeur» versessene offizielle Frankreich unfähig, die schweren inneren Probleme zu lösen, wie sie sich im Streik der (meist arabischen) Gastarbeiter in der Autoindustrie und in der Protestbewegung Pariser Schüler und der Linken äußerte. Die Zusammenstöße mit einer (wie gehabt) brutal vorgehenden Polizei nahmen zeitweise die Dimensionen des Mai 1968 an. Da sich auch in Frankreich, wie in Italien, das neofaschistische Element wieder regt, könnte aus der inneren Polarisierung und Eskalierung sehr wohl die Alternative Volksfront oder Rechtsdiktatur (in der einen oder der anderen Form) hervorgehen, die vermutlich den Bürgerkrieg mit revolutionären Konsequenzen provozieren würde.

Nord-Irland

«Swinging-London» leistete sich wieder einmal einen Sex-Skandal um konservative Minister. Wesentlicher ist wohl, daß sich in Nordirland mit den Wahlen zu einem neuen Parlament die Umriss für eine mögliche politische Lösung abzeichnet, obwohl jetzt neuerdings auch nordirische Politiker Opfer von Attentaten werden. Der Zerfall der protestantischen Rechten in eine potentiell kooperationsbereite rechte Mitte und eine intransigente extreme Rechte läßt Koalitionsmöglichkeiten über die Klassen und Religionen hinweg mit den Repräsentanten der politisch agierenden Katholiken sozialdemokratischer Couleur entstehen. Außerdem könnte der etwas überraschende Wahlsieg des eher rechtskonservativen Cosgrave in der Republik Irland, die Lage zunächst etwas entspannen. Allerdings würde eine verschärfte Repression in der Republik gegen die IRA und ein Ausbleiben von radikalen Reformen in Nordirland nach einiger Zeit den Zusammenbruch der sich gerade erst zaghaft abzeichnenden neuen Mitte in Nordirland bewirken.

Bundesrepublik Deutschland. — Die neue Mitte

In der Bundesrepublik hat die Proklamierung einer «Neuen Mitte» durch Bundeskanzler Brandt unter den Konservativen der aus dem Regierungszentrum verdrängten alten Mitte Konsternation hervorgerufen. Die Fortschritte in der Ostpolitik, kulminierend im Inkrafttreten des Grundvertrags mit der DDR und dem Breschnew-Besuch, hat der PSD/FDP-Koalition neuen Auftrieb gegeben, allerdings auch die Kluft zur weitgehenden innenpolitischen Stagnierung, deutlich unterstrichen. Die anhaltende Geldentwertung und die Wienand/Steiner-Affäre brachten neue, teilweise unerwartete Belastungen und Schwierigkeiten. Nun ist die sozialliberale Koalition gewiß nicht die Erfinderin der chronischen Dollarschwäche, die u. a. in inflationären Tendenzen im gesamten West durchschlägt, und die CDU/CSU hat bestimmt kein Recht, sich über Korruption von Abgeordneten zu beklagen, da sie sie 1949 durch Strauß und Fritz Schäffer einst selbst praktiziert hatte, von den Transaktionen um die Mandatswechsler ganz abgesehen. Aber das Ansehen des parlamentarischen Systems muß insgesamt doch leiden, wenn dem Bürger klar wird, welche obskuren Figuren von Steiner bis Baeuchle und Wienand er in die höchste politische Repräsentanz entsendet.

BRD und DDR vor dem Eintritt in die UNO

Gravierender sind Spannungsmomente ganz anderer Art, die sich in den Zusammenstößen in Frankfurt und Bonn handgreiflich geäußert haben. In Frankfurt, der seit 1948 am stärksten «amerikanisierten», das

heißt modernisierten Großstadt der Bundesrepublik, waren innere Probleme der auslösende Faktor, die Unfähigkeit der (sozialdemokratischen) Stadtverwaltung die Diskrepanz zwischen Wohnungsnot einerseits, dem Niederreißen von wohnwürdigen Häusern zu Spekulationszwecken andererseits sinnvoll aufzulösen. In Bonn bildete der (dann für Thieu ohnehin unbefriedigend verlaufene) Besuch des südvietnamischen Präsidenten den Anlaß zu schweren Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich zur Verhaftung der Führer der neuen «KPD» führte.

Hinter den Bonner Zusammenstößen steht also die Frage nach dem Außenverhältnis der Bundesrepublik zu einem Teil der Welt, zu den USA einerseits, der in revolutionäre Gärung geratenen «Dritten Welt» andererseits. Der Eintritt der Bundesrepublik in die UNO im Herbst 1973 im Gefolge des Grundvertrags wird die Bundesrepublik stärker denn je in die sich abzeichnenden und schon angelaufenen weltweiten Konflikte stellen und ihr öfter und deutlicher denn je zuvor eine klare Stellungnahme abverlangen. Das Auftreten einer sich ständig weiter radikalisierenden Linken, teilweise schon wieder mit einem Umschlag in quasi-faschistische Methoden, vor allem an den Universitäten, deutet auf verschärfte Konflikte hin, wenn im Zusammenwirken von sozialen Unruhen als Folge der Geldentwertung und des Versackens der Hochschul- und Bildungsreform Spannungen in Betrieben und Hochschulen entstehen, die in Konflikte von sozialrevolutionärer Dimension einmünden können. Der Mangel an intellektuellen Qualitäten, bei den meisten selbsternannten Führern des Proletariats provoziert jedoch kaltes Grausen bei dem Gedanken, daß sie eines Tages die Macht in der Bundesrepublik erringen könnten, sollten Reformen zu spät kommen.

Immanuel Geiß

An unsere Abonnenten im In- und Ausland

Wir bitten Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für das zweite Halbjahr 1973 (Fr. 15.—) oder für das dritte Quartal 1973 (Fr. 7.50).

Der Inlandauflage liegt ein Einzahlungsschein bei.

Wir sind allen Abonnenten, die wir nicht mahnen müssen, sehr dankbar; sie ersparen der Administration dadurch Mehrarbeit und Kosten.

Für bereits bezahlte Abonnementsbeiträge herzlichen Dank!

Die Vereinigung «FREUNDE DER NEUEN WEGE»

betreut und trägt die «Neuen Wege»

Jahresbeitrag mindestens Fr. 5.—. Postscheckkonto 80 - 8608. Beitrittserklärungen an die Administration der «Neuen Wege», Seminarstr. 109, 8057 Zürich